A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 2. September 1926
Donnerstag Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hansenbeide 5070—5999. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert + Kraft und Stoff + Wirtschaft und Recht + Weltverkehr + Bild im Bilde

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
2. 9. m Nr. 408 10 Pfennig

Aus dem Bericht des Reparationsagenten

Der Generalagent für die Reparationszahlungen teilt mit, daß mit der heute früh erfolgten Zahlung von 45 000 000 Goldmark durch die Deutsche Reichsbahngesellschaft Deutschland den vollen Betrag der im Sachverständigenbericht für das zweite Jahr vorgesehenen Jahreszahlung von 1 220 000 000 Goldmark gezahlt hat, mit Ausnahme eines kleineren Betrages von etwa 8 Millionen Goldmark aus der Transportsteuer, der erst am 21. September 1926 fällig ist. Die heute von der Deutschen Reichsbahngesellschaft geleistete Zahlung stellt den am 1. September 1926 fälligen Zinsenbetrag für die Reparationsbonds für das zweite Jahr dar. Deutschland kommt demnach seinen Verpflichtungen pünktlich nach und hat die während des zweiten Jahres des Dawes-Planes fälligen Zahlungen richtig geleistet.

Zahlungen in fremden Währungen sind geleistet (in 1000 ℳ):	
a) Für den Dienst der deutschen ausländischen Anleihe von 1924 . . .	97 213
b) An oder für Rechnung von Großbritannien	201 597
c) An oder für Rechnung von Frankreich	41 495
d) Für Transport von Kohle auf dem unteren Rhein	402
e) Zahlung von Rechnungen der französisch-belgischen Eisenbahnregie	5 007
f) Für von der deutschen Regierung gelieferte Sachleistungen von dem 1. September 1924	684
g) An der	65 000
h) Aufwendungen für interalliierte Kommissionen	4 167
i) Aufwendungen für schiedsrichterliche Expertschaften	38
Zahlungen in Goldmark für:	
a) Lieferungen in Waren	655 526
b) Wiederherstellung der Bibliothek von Löwen	2 100
c) Die Besatzungsarmee	86 188
d) Aufwendungen für interalliierte Kommissionen	14 230
e) Verschiedene Zahlungen	2 156
Gesamtzahlungen	1 175 812

Es sind ungefähr 65 % in Form von Warenlieferungen oder in Zahlungen verschiedener Art in Goldmark in Deutschland geleistet worden, während ungefähr 35 %, d. h. 415 612 000 Goldmark, in fremden Währungen gezahlt worden sind.

Barztransfer — Besserungsschein

Der Reparationsagent legt die Abrechnung über die Reparationszahlungen des abgelaufenen zweiten Reparationsjahres vor. Sie erscheint kommentarlos. Das ist behaupten, wenn man doch erwartet werden darf, daß nach den bisher üblichen Gepflogenheiten ein ausführlicher Kommentar über Lara oder lang zu erwarten sein wird. Denn sie enthält einen Posten, von dem man nur mit größter Ueberraschung Kenntnis nehmen wird. Es ergibt sich nämlich, daß der Reparationsagent im zweiten Reparationsjahr einen Barztransfer von 65 Mill. Mark vorgenommen hat. Nach dem Dawes-Plan ist indessen ein Barztransfer in den ersten beiden Reparationsjahren nicht statthaft. Man hat allerdings seinergeit von der Absicht des Generalagenten gehört, mit dem Barztransfer früher beginnen zu wollen, als es im Plane vorgesehen war. Ebenso aber hatte man damals gehört, daß die Reichsregierung pflichtgemäß gegen diese Absicht protestiert hatte. Nun stellt sich heraus, daß das einer jener Proteste war, die man offenbar nur der guten Form wegen aussprach, ohne die Absicht, weitere Konsequenzen aus ihnen zu ziehen. Das Ergebnis ist, daß wir Mehte, die wir haben, vergeben, ohne eine Kompensation für sie zu erhalten. Man mag darauf hinweisen, daß der transferierte Betrag minimal sei. Aber was nicht verkleinert werden kann, ist doch die Tatsache, daß Deutschland überhaupt gar nicht in der Lage war, einen Barztransfer vornehmen lassen zu können. Sondern daß im Gegenteil die deutsche Zahlungsbilanz nur dadurch im Gleichgewicht gehalten wurde und wird, daß kreditmäßige Barztransfer Deutschland vom Ausland nach Deutschland stattfinden. Es entspricht keineswegs dem Sinn des Dawes-Planes, daß der Barztransfer mit Hilfe von Auslandskrediten, den die private deutsche Wirtschaft aufnimmt, vor sich gehen soll. Mithin ist nicht nur der Dawes-Plan durch den vorzeitigen Barztransfer überschritten, sondern in einer der wichtigsten Prinzipienfragen sind von deutscher Seite ohne Gegenleistung Zugeständnisse gemacht worden.

Einzelne Pressestimmen, die sich über das dritte Dawes-Jahr verbreiten, sind nicht ohne Interesse, und zwar nicht deswegen, weil sie zu zutreffen sind, sondern gerade in dem, worin sie nicht zutreffen, sowie deshalb, weil eine merkwürdige Uebereinstimmung in den falschen Auffassungen zutage tritt. Es handelt sich um den kleinen Besserungsschein.

Es wird ausgeführt, daß wir es nur der Schiedsrichterentscheidung zu verdanken hätten, wenn uns der kleine Besserungsschein jetzt präsentiert werde. Hätte man, so wird argumentiert, unter dem Regime Schiebens nur die verpfändeten Einnahmen, reisefähige die entsprechenden Steuerquellen nicht so erzugeeig gestaltet, so wäre uns jetzt eine Mehrbelastung erspart geblieben! Das ist unrichtig, denn ebenso ohne Erhöhung jener Steuern war es sicher, daß die verpfändeten Einnahmen die Milliardengrenze bezw. überschreiten würden, daß der kleine Besserungsschein nicht in voller Höhe für das erste in Betracht kommende Jahr präsentiert worden wäre. Im zweiten in Betracht kommenden Jahr hätte sich das Bild allerdings anders gestaltet, aber die Zahlungen des fünftes Reparationsjahres sind ja mit oder ohne Besserungsschein in gleicher Weise phantastisch. Im übrigen: Können wir überhaupt auf wirtschafts- oder finanzpolitischem Gebiet etwas volkswirtschaftlich Vernünftiges unternehmen, ohne daß es den Reparationsgläubigern zugute kommt? Wird man vielleicht nächstens die Exportförderung anzeigen, weil sie Devisen für die Gläubiger schafft?

Die weite auffällige Darstellung ist, daß wir die 250 Millionen Besserungsschein bereits im dritten Reparationsjahr 1926/27 zu zahlen hätten. Das ist ein Irrtum. Sie werden vielmehr erst im vierten Reparations-

Beratungen der Studienkommission beendet

Der deutsche Botschafter enthält sich der Stimme

Wir haben bereits in einem großen Teil der gestrigen Abendausgabe mitteilen können, daß in der Vollsitzung der Studienkommission über die Ratsfrage das Projekt Fromageots über die nichtständigen Sitze im Völkerbundsrat einstimmig angenommen worden ist. Spanien enthielt sich der Stimme. Die einzige Abänderung, die an dem Plan Fromageots vorgenommen wurde, betrifft die Reihenfolge der ersten Artikel. Artikel 3 kam an erste Stelle, an zweite und Artikel 2 an dritte Stelle. Präsident Motta gab gleichzeitig Polens, Irglands und Schwedens Vorbehalte bekannt. Polens Vorbehalt bezieht sich auf Artikel IV, § 3 (Wiederwahlbarkeitserklärung durch die Völkerbundsversammlungen vom Jahre 1927 und 1928). Der Vorbehalt Irglands sagt, daß die Gesamtzahl der Ratsmitglieder niemals 14 überschreiten solle und bei der etwaigen späteren Schaffung neuer ständiger Ratssitze die Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder wieder entsprechend herabgesetzt werden müsse. Schwedens Vorbehalt betrifft die Vermehrung der nichtständigen Ratsmitglieder von sechs auf neun.

Die ständigen Ratssitze

sch. Genf, 1. 9. (Eigenbericht)

Die Studienkommission für die Ratsreform hat heute nachmittag noch eine zweistündige Sitzung abgehalten und damit ihre Beratungen beendet. Der an den Rat zu erstattende Bericht liegt morgen um 6 Uhr nachmittags zur Einsicht durch die Delegierten vor. In der Beratung selbst lag eine starke Spannung. Man erwartete eine Sensation. Sie traf jedoch nicht ein und konnte es wohl auch nicht, da eine Studienkommission eben nur zu studieren und nicht zu entscheiden hat.

Zu Beginn der Sitzung bezeichnete Präsident Motta den

Verhandlungsgegenstand:

die ständigen Ratssitze. Er forderte den spanischen Vertreter auf, seinen Standpunkt darzulegen. Botschafter de Palacios sagte sich kurz. Alle Gründe für die spanische Forderung befänden unverändert weiter; zwischen der bewußten Vertagung bei Zeit zur Ueberlegung gebe es hier um das Prinzip selbst.

Der Reigen der Reden eröffnete Frankreich. Fromageot war nicht weniger kurz. Frankreich habe sich Spanien gegenüber, um Spanien dem Rate zu erhalten. Nun möge Spanien die Lage prüfen und sich dem einstimmigen Beschluß der Kommission anschließen.

Der deutsche Delegierte,

Botschafter v. Hoesch,

gab folgende Erklärung ab:

Im Namen meiner Regierung lege ich Wert darauf, den besonderen Wunsch zum Ausdruck zu bringen, daß die wertvolle Mitarbeit Spaniens, mit dem mein Land durch glückliche Bande der Freundschaft verbunden ist, dem Völkerbunde auch weiterhin erhalten bleibt. Ich mache dieser Hoffnung den Wunsch hinzufügen, daß diese Mitarbeit sich unter denjenigen Bedingungen vollziehen möge, unter denen sie gegenwärtig besteht. Was nun die Frage der ständigen Ratssitze anbetrifft, so kennen Sie, meine Herren, schon meinen Standpunkt, den ich während der Mattagung entwickelt habe. Das Problem der ständigen Ratssitze ist der

Auszugspunkt einer inneren Krise

des Völkerbundes geworden. Ich sin der Ansicht, daß dem Völkerbunde, d. h. im besonderen den Mitgliedern des Völkerbundsrates, und ebenso die Gesamtheit der Völkerbundsmitglieder, alles daran fällt, das Problem zu lösen, und ich glaube, daß es mir nicht anstehen würde, gegenwärtig meine in dem Sinne vorzubringen, als ob Deutschland noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist und gegenwärtig selbst für einen ständigen Ratssitz kandidiert. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß es eine Pflicht der Diskretion ist, mich gegenwärtig der Stellungnahme zu enthalten und sie den Vertretern derjenigen Staaten zu überlassen, die Mitglieder des Völkerbundes sind. Ich bitte Sie, meine Herren, diese meine Ansicht nicht in dem Sinne auszulegen, als ob ich Deutschland die Bedeutung dieser wichtigen Frage unterschätze. Im Gegenteil bin ich mit der Schwere der Entscheidung voll bewußt, die jetzt zu lösen Sie berufen sind.

Der japanische Gesandte in Bissabon, Sato, wischte die Ansprüche Spaniens und ebenso die seines großen Nachbarn China. Er wünsche die

baldige Rückkehr Brasiliens.

Aber angesichts der Gesamtlage müsse Japan den Ratssitz Brasiliens anerkennen und ebenso Spanien das gleiche. Der chinesische Gesandte in Rom, Schao Schin-tschu unterstützt den spanischen Anspruch, der den Anspruch Chinas rechtfertige. Wenn man unter den 14 Sitzen gehn ständige schaffe, könne man jeden befriedigen. Wenn nur der deutsche ständige Sitz geschaffen werde, verstehe China auf den jetzigen Zustand und wünsche bloß einen wiederwählbaren Sitz.

Senator Scialoja verscherte Spanien seiner tiefinnerlichen Sympathie, aber objektiv und aus zwingenden Gründen und unbestimmbaren Schwierigkeiten bitte er Spanien, sich zu beugen. Generalsekretär Sthrer steht auf dem gleichen Standpunkt wie Scialoja. Es kommen

ständige Sitze nur Großmächten

gegeben werden. Hoffentlich arbeite Spanien weiter im Rate mit. Gesandter in Paris Guni spricht von gemeinsamen spanischen Mutterlande und den entsprechenden Gefühlen, aber aus politischen Grundsätzen könne er nicht anders handeln, als der Kommission zustimmen. Auf die politischen Grundsätze beruft sich auch der Senator de Brouckère. Er erinnert daran, daß man aus Rücksicht auf einzelne Mächte, wie Spanien, von dem 1920 beschlossenen Grundsatz des Zurückgegangenen sei und die Wiederwählbarkeit eingeführt habe. Diese Sitze könnten auch dauernd sein, und darauf möge Spanien rechnen. Gleichfalls auf die Grundsätze und den Wunsch des Völkerbundes stützte sich der argentinische Gesandte Cantilla, wenn er trotz der Blutsverwandtschaft Spaniens bat, den Vorschlag der Kommission anzunehmen. Minister Sodal erkannte die Rechte Spaniens an und bedauert, daß die Ansprüche Polens vor. Es widerfuse sich jedoch einer Lösung des Konflikts nicht. Auch Gesandter Beneš will die Lösung der Krise nicht verzögern. Zuletzt sprach Präsident Motta in seiner Eigenschaft als Schweizer. Er preist am ausführlichsten. Er bedauert Spanien als Mitrater, aber die Schweiz könne aber zwingendste Gründe keine Vermehrung der ständigen Sitze zugeben. Als Präsident und als Schweizer bitte er Spanien, die Lage zu prüfen. Der Völkerbund solle kein Bund der „Sieger" sein. Botschafter de Palacios quittierte dankend für die seinem Lande erteilte Anerkennung. Die Hulbigungen, die er, obgleich selbst Spanier, als verbleibt bezeichnet. In der Sache selbst werde er seiner Regierung Bericht berichten, was sich in der Kommission ereignete.

Präsident Motta glaubte von einer Abstimmung absehen zu dürfen. Die Lage sei klar. Deutschland, Polen, Irgland, Schweden, Spanien gründet, China und Polen hätten Sondern Wünsche im Sinne der Ständigkeit der Sitze unterstützt, und Polen scheine sich der Stimme zu enthalten.

Befriedigung Spaniens ist nicht möglich. Deutschland erhalte den ständigen Sitz, sobald es in den Völkerbund aufgenommen sei. Das seien die Ergebnisse der Studienkommission, die dem Rat unterbreitet würden. Auf Wunsch Palacios gibt es weder Mehrheits- noch Minderheitsbericht, sondern der Präsident berichtet allein.

Englands feste Marschroute

sx. London, 1. 9. (Eigenbericht)

Die englische Haltung in Genf kann bisemal mit mehr Recht als im März dahin charakterisiert werden, daß der Eintritt Deutschlands die Hauptaufgabe ist, die auf jeden Fall zu erreichen ist. In englischen Kreisen sieht man es als selbstverständ an, daß Spanien aus dem Völkerbundsrat ausscheiden und hat sich damit abgefunden. Eine Aenderung in der Haltung Englands kommt nicht mehr in Frage.

Der Unterschied im Vergleich mit der Lage im März ist lediglich folgt berin, daß England damals nicht die feste Marschroute hatte, die Chamberlains Politik wohl oder übel hat annehmen müssen. Es gibt noch einige Optimisten, die glauben, daß Spanien sich nun auf den Rate zurückziehen wird, dagegen seine Mitgliedschaft in der Vollversammlung aufrechterhalten und vielleicht nach einjährigem mürrischen Abseitsstehen wieder an der Ratsversammlung teilnehmen wird, wenn es nämlich inzwischen eingesehen hat, daß die Mächte auf das spanische Schmollen nicht reagieren.

Die französische Delegation

a. Paris, 1. 9. (Eigenbericht)

Die offizielle Liste der französischen Delegation für die 7. Versammlung des Völkerbundes, die in den Abendblättern bekanntgegeben wurde, lautet folgendermaßen:

drei Delegierte: **Briand, Boncour und Pams;**

drei Ersatzdelegierte: **de Jouvenel, Loucheur und Scialoja.**

Als drei Ersatzdelegierte werden genannt: Jouhaux, Generalsekretär der C. G. T., und die Abgeordneten Plaisant, Bartheleemy, Ferai, Pastid sowie der Professor der Rechtsfakultät Paris, Scelle. Zum Generalsekretär der Delegation ist wiederum der bevollmächtigte Minister Claudier, sein Ersatzmann Rochat Serrat. Ferner gehören der Delegation elf technische Berater, darunter der Tarifs Fromageot und der Generalsekretär der Botschafterkonferenz Massigli.

Außenminister Briand und der größte Teil der Delegation reisen heute abend um 9 Uhr nach Genf ab. Im Laufe des Nachmittags empfing Briand abermals den spanischen Botschafter in Paris, Quinones de Leon, sodann den für den Posten in Ankara vorgesehenen Botschafter Doeshner.

Es dürfte also nunmehr sicher sein, daß in Genf von Tanger nicht gesprochen wird. Dagegen behaupten sich auch weiterhin die Gerüchte aus verschiedener Quelle, die wissen wollen, daß eine beratige Konferenz nach der Völkerbundssession geplant sei. Berber müßte jedoch eine prinzipielle Einigung zwischen England, Frankreich und Spanien erzielt worden sein.

Chamberlain—Briand

a. Paris, 1. 9. (Eigenbericht)

Der „Temps" nimmt heute Bezug auf die gestrige Unterredung zwischen Chamberlain—Briand in Paris. Diese hätten nicht perfekte, eine günstige Atmosphäre am Vorabend der Zusammenkunft des Völkerbundsrats zu schaffen. Die im Wiener gleichzeitige Antwort, die die Kabinette in London und Paris auf die spanische Note in der Tangerfrage abgefaßt haben, bewiese wieder einmal, daß sich der französische und der englische Standpunkt in internationalen Fragen auf das beste vereinigen liefe. Genau so werde es morgen in Genf geschehen, wo die zwei Mächte, die den Weg nach Locarno ebneten, in voller Uebereinstimmung einzig und allein die höheren Interessen des Bundes Rücksicht nehmend, handeln werden. Ihre Entente sei die beste Gewähr dafür, daß sich die Friedenspolitik von Locarno fruchtbar entwickeln könne.

Kabinettsfitzung nach Eintreffen von Dr. Gaus

Wie wir erfahren, findet heute eine Kabinettssitzung statt, bei der Ministerialdirektor Dr. Gaus einen Bericht über die Verhandlungen in Genf erstatten wird. Sollte sich seine Ankunft verzögern, wird die Kabinettssitzung voraussichtlich auf morgen verschoben.

Sitzung des Reichsausschusses der D.V.P.

In der am Mittwoch abgehaltenen Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei erstattete Dr. Stresemann Bericht über die Lage. In der sich anschließenden Aussprache ergriffen das Wort Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg, Abgeordnet Regierungspräsident Kinzmann-Bremen, Hüttendirektor Kuhlmann, Regierungspräsident Hoohnen, Fiedmann-Dresden, Fose-Hamburg, Bremen-Osterholz, Oberbürgermeister Dr. Jaenicke-Hannover, Dr. v. Staub-Stettin sowie die Abgg. Dr. Scholz, Kempkes, Dr. Leidig, Frau Wendt, Brüninghaus, Dingeldey und Burger.

Entwurf die Beratungen des Parteivorstandes und des Reichsausschusses ergaben die Bestätigung der Partei über die Fortführung ihrer bisherigen Politik.

Lohnkonflikt im Hamburger Hafen

mk. Hamburg, 1. 9. (Eigenbericht)

In den gegenwärtigen Tarifstreitigkeiten im hiesigen Hafen ist eine weitere Verschärfung eingetreten. Nachdem die Verhandlungen über den neuen Deutschen Verkehrsbund (Hafenarbeiter) gefündigten Manteltarif vor den Schlichtungsausschuß zu keinem Ergebnis geführt haben, hat der Hafenbetriebsverein nunmehr eine Herabsetzung der Haupt- und Nebenlöhne der Hafenarbeiter sowie eine allgemeine Lohnbrzobegung um 10 % beantragt. Ferner ist folgende Lohntarif sowohl bei den Deutschen Verkehrsbund als auch bei dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer gekündigt worden.

Breslau, 1. 9.

Von der Kriminalpolizei in Kattowitz wurde der Schlosser Johann Loewe in Neubert, Kreis Kattowitz, unter dem Verdacht eines Sittlichkeitsverbrechens an einem fünfjährigen Mädchen festgenommen. Der Verbrecher hatte dem Kinde mit einem Messer lebensgefährliche Schnitte am Unterleib beigebracht. Da Loewe auch als Täter für den immer noch nicht aufgeklärten Breslauer Kindermord in Frage kommt, sind entsprechende Ermittelungen von der deutschen Kriminalpolizei eingeleitet worden.

Luftfahrt-Garantie-Komitee abgebaut

Eine Folge der Pariser Luftverhandlungen

Amtlich wird mitgeteilt:

Nach einer am 31. August eingegangenen Note stellt das Luftfahrt-Garantie-Komitee in Verfolg der Pariser Luftfahrtverhandlungen vom Mai mit dem 1. September seine Tätigkeit ein.

*

Der Friedensvertrag besagt bekanntlich mit den „interalliierten Uebermachungsausschüssen" in dem Artikel 203 bis 210. Im letzten Artikel ist gesagt, daß „der interalliierte Luftfahrt-Uebermachungsausschuß die Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte in allem, was die Durchführung der Bestimmungen über die Luftfahrt betrifft, vertritt". Im weicher Weise dieser Bestimmung rücksichtslos Folge geleistet worden ist, dürfte weiten deutschen Volkskreisen noch genügend bekannt sein. Nach Zerstörung unseres Materials wurde die Knebelung der deutschen Luftschiffahrt so weit getrieben, daß durch eine Bestimmung des Londoner Ultimatums bis zum Mai 1922 der Bau von Flugzeugen untersagt wurde. Als dann der Bau freigegeben war, stellten die Alliierten die sogenannten Begriffsbestimmungen auf, die immer noch eine über alles Maß hinausgehende Einschränkung des deutschen Luftschiff- und Flugzeugbaues darstellten. Die deutsche Industrie legte trotzdem die Hände nicht in den Schoß. Die Fahrt des „Z. R. III" am 12. Oktober 1924 war ein deutliches Zeichen für die ganze Welt, was Deutschland zu leisten vermag. Die Locarno-Verhandlungen schafften eine Wandlung. Anfang Dezember 1925 begannen sehr langwierige Luftfahrtverhandlungen in Paris, die endlich im Mai mit der Abschaffung der Begriffsbestimmungen endeten. Damit hatte auch die Stunde des Ueberwachungsausschusses geschlagen, der nun am 1. September aus der Reichsfahrtpolizei verschwunden ist. Was im übrigen die deutsche zivile Luftfahrt zu leisten imstande ist, das zeigt die von Jahr zu Jahr zunehmende Ausdehnung der deutschen Fluglinien, die schon seit einiger Zeit über 50 % sämtlicher Luftverbindungen der Welt auf sich vereinigen.

Abd ul Kader hingerichtet

Konstantinopel, 1. 9. (Sonderdienst der DAZ)

Der Gewali von Kangora, Abdul Kader, der vom Gerichtshof in Smyrna wegen seiner Beteiligung an der Verschwörung gegen Kemal Pascha in contumaciam zum Tode verurteilt worden war und der in der vorigen Woche gefangen genommen wurde, als er im Begriffe stand, die bulgarische Grenze zu überschreiten, wurde gestern abend in Angora gehängt. Mehrere jetzt 18 Politiker ihre Teilnahme an der Verschwörung mit dem Tode gebüßt. — Der frühere Redakteur des „Zanin", Hussein Djabid Bey, der zur Internierung in Anatolien verurteilt worden war, wurde begnadigt und wird in nächster Zeit nach Konstantinopel zurückkehren.

Danzigs Verhandlungen mit Polen gescheitert

Ablehnung der polnischen Forderungen

Danzig, 1. 9.

Die seit einigen Wochen schwebenden Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über die Neuregelung des Hafenverteilungsschlüssels sind abgebrochen worden. Diese Verhandlungen bilden einen Teil des Sanierungsprogramms Danzigs. Infolge der stark rückläufigen Zolleinnahmen Danzigs sollte nach den Empfehlungen der Pariser Finanzsachverständigen Polen sich dazu verstehen, Danzig einen festen Anteil an den Zolleinnahmen in Danziger Gulden zu gewähren, und zwar sollte diese Summe mindestens 16 und höchstens 20 Millionen Danziger Gulden betragen. Polen, das sich im Laufe der Verhandlungen hierzu bereit erklärt hat, verlangt jedoch dafür die Einräumung politischer Rechte bei der inneren Zollverwaltung der Freien Stadt Danzig.

Der Bürgerausschuß des Danziger Senats hat in einer sehr ernsthaften Erklärung diese Zumutungen Polens energisch abgelehnt. Infolgedessen sind die Verhandlungen abgebrochen worden und werden voraussichtlich erst in Genf durch Vermittlung des Völkerbundsrats wieder aufgenommen werden.

Danzigs Finanzvorlage angenommen

lz. Danzig, 1. 9. (Eigenbericht)

In der heutigen über vierstündigen Behandlung des Danziger Volkstages wurde die heftig umstrittene Regierungsvorlage zur Durchführung der Finanzreform mit 57 Stimmen der Koalitionsparteien von Zentrum, Liberalen und Sozialdemokraten, bei Unterstützung durch die Fraktion der Deutsch-Danziger Volkspartei, gegen 47 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschsozialen, der Liberalen Beamtenvertreter und der Kommunisten in zweiter Lesung angenommen. Die Stimmentsaltung unter Abgeordneter.

Die dritte Lesung der Finanzvorlage und damit ihre endgültige Verabschiedung soll am Freitag vorgenommen werden, wobei ein gleiches Ergebnis der Annahme der Regierungsvorlage zu erwarten ist, die seit längerer Zeit in überaus heftiger Weise die Parteileidenschaften in der Freien Stadt Danzig erregt hatte.

Die Bedeutung der Annahme

der Regierungsvorlage liegt darin, daß nunmehr die erste Voraussetzung dafür gegeben ist, daß der Völkerbundsrat auf seiner gegenwärtigen Tagung zu der Frage Stellung nehmen kann, ob Danzig die Freie Stadt Danzig eine Anleihe empfohlen werden kann. Allerdings wird es in Genf noch um die weitere Frage gehen, daß dort ein Zollvertrag zwischen Danzig und Polen gefunden werden muß, der zwei Jahren in der Schwebe gehaltene Regelung der Danziger Zolleinnahmen durchzuführen.

Postzug Barcelona—Valencia entgleist

17 Tote, 36 Verletzte

Paris, 1. 9.

Havas meldet aus Barcelona: Der Postzug Barcelona—Valencia ist heute nachmittag in der Nähe von Tortosa infolge eines durch die starken Regenfälle der letzten Tage hervorgerufenen Erdrutsches entgleist. Dabei sind 17 Personen getötet und 36 verletzt worden.

Durch das Unwetter sind weiter eine Reihe von Dörfern überschwemmt worden; die Zahl der dabei ums Leben Gekommenen beträgt 36.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse vom 1. 9. (Ausschnitt)

	1. 9.	31. 8.
Tägl. Geld	5½	5½
Bankdiskonto		
(60 Tage)	3½	3½
(6 Mon.)	4½	4½
Fr. Banknoten		
(Scheck)	4½	4½
(Sichtkurs)	4½	4½
Berlin Mittelk.	23,81½	23,80
Amst. Bel. . .	—	—
London		
Lebend Tr. .	4,865	4,865

	1. 9.	31. 8.
Lond. 60 T. 4,80½		4,805
Paris	5,02	5,215
Brüssel	2,86	2,78
Amsterdam	40,075	40,06
Zürich	19,31	19,305
Madrid	19,25	19,25
Kopenh.	26,56	26,56
Prag	2,963	2,963
Rom	3,78	3,745
Wien	15,24	15,23
Bukar	0,4	0,4

New Yorker Börse

	1. 9.	31. 8.
4½ St. Louis Prior.	82½	82½
4½ Louisvin. Gen.	87	87
Baltimore u. Ohio	107½	106½
Canad. Pacific	147½	147½
Chesapeake Ohio	126½	125½
Chic. Milwaukee	12½	12½
Erie	52½	52½
Illinois Central	147	147
Pennsylvania	54½	54½
Reading	80½	80½
Southern Pacific	104½	104
Union Pacific	147	146½
American Can	57½	56½
Allgem. Chem.	47½	47½
Allied Chem.	47½	47½
Am. Smelting u. R.	93½	92½
General Motors	209	209
Int. Nickel (Kanada)	35½	35½
Anaconda Cop. M. J.	43½	43½
Standard Oil	55½	55
U. S. Steel Corp.	150½	150
7% Rep. Stahl	105½	105½

	1. 9.	31. 8.
Fd. Berl. Stadt 26	92½	92½
Schutzgebiete	98½	98½
Ch. Kiels v. 1925	—	—
Ch. Danzig v. 1925	—	—
7% Ant. Verk. 27	98	98
7% Ant. Kredit. 29	95½	95½
7% Ant. Volkerbd.	102	102
7% Ant. Gold 26	92½	92½
5% Ant. Anzl. v. 99	44	—
4% Ant. Anzl. v. 1913	37	—
6% Poln. Anzl. 26	69½	69½
7% A. G. f. A. 26	—	—
6% Elektrowerke 26	92	92
7% Ant. Ruhrh.	97	97
7% Kr.-Kiw-Stinn	102½	102½
7% Kr. W. E. 1926	102½	102½
7% Leonh. Tietz	101½	101½
7% Ver. Wirtschaftsgr.	99	99
7% Gent. v. R. 1926	103½	103½
6% Ital. Tharnon	102	102
6% Ver. Stahlw. A. G.	96½	96½

New York, Produktenmarkt

	1. 9.	31. 8.
Raffin. Santos t.	9,25	9,25
do. Kio loco .	10½	10½
Zucker . . .	17,56	18,04
Dekbr. . . .	17,26	17,34
Mai	16,74	16,81
Mai	16,32	16,19
Kaffee . . .	16,05	16,05
Baumwolle loco	18,90	19,05
Oktober . . .	17,61	17,38
Oktober . . .	17,75	17,90
Dezbr. . . .	17,80	17,90
Januar . . .	17,93	17,98
Kupfer stabil .	14,88	14,88
Elektr. . . .	90,00	90,00
Blei	8,90	8,90
Zinn	72,00	72,00
Eisen	19,80	19,80

	1. 9.	31. 8.
Weizen, rot .	143½	142½
Dezember . .	146	145
Mais	87½	87½

	1. 9.	31. 8.
Schmalz Oktober	19,20	19,75
Dezember	14,25	14,25
Speck . . .	15,00	15,00
Schweine Chicago	13,60	13,40
Schweine Kansas	13,40	13,40
Schweine Stadt	14,60	14,60
Schweine Stadt	13,25	13,50
Zucker Chicago	19,000	19,000
Chicago . . .	19,000	19,000
Winnipeg . .	72,000	72,000

Die neue Städteordnung im Preußischen Landtag

Von
Bürgermeister Dr. Marcinky, M. d. L.

Preußens Gesetzgebung beschäftigt sich schon eine ganze Reihe von Jahren mit dem Entwurf einer neuen Städteordnung, ohne daß es bisher gelungen ist, die Beratungen zu einem positiven Abschluß zu bringen. Auch die erneuten Verhandlungen vor dem jetzigen Landtage sind wiederum nach der 2. Lesung in diesem Frühjahr abgebrochen worden, ohne daß bisher festgestellt worden ist, wann die bei dieser Lesung zutage getretene Uneinigkeit unter den Regierungsparteien behoben und die Lesung fortgesetzt werden kann. So bleibt vorläufig der Entwurf der neuen Städteordnung weiter in der Schwebe.

Für die Praxis des kommunalen Lebens sind diese Hemmungen und Schwierigkeiten bei der Schaffung des neuen städtischen Verfassungsgesetzes nicht von sehr erheblicher Bedeutung. Im Allgemeinen wird die alte Städteordnung den Bedürfnissen der städtischen Selbstverwaltung noch immer gerecht, und in den Fällen, in denen die große Ausdehnung der kommunalen Geschäfte und die verschiedenen Verhältnisse des modernen Lebens gewisse Bestimmungen der jetzt geltenden Städteordnung überaltet erscheinen lassen, hat die Praxis verstanden, sich selbst zu helfen. Das gilt z. B. für die städtischen Wirtschaftsunternehmungen, für die man vielfach privatwirtschaftliche Formen gewählt hat, um die notwendig gewordene größere Beweglichkeit der Verwaltung zu erreichen.

Auch der Plan einer allgemeinen Verwaltungsreform mußte es nahelegen, die Städteordnung nur im Rahmen dieser Reform festzegelung zu verabschieden. Die Frage der allgemeinen Uebertragung weiterer staatlicher Aufgaben an die Organe der Selbstverwaltung, die Möglichkeit von organisatorischen Kenderungen bei den staatlichen Aufsichtsbehörden, ebenso wie die Möglichkeit von Veränderungen in den Verfahren vor den staatlichen Instanzen hätte es zweckmäßig erscheinen lassen, die Neugestaltung der städtischen Verfassung im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform vorzunehmen.

Die Parteien der Rechten stehen der Gesetzesvorlage ablehnend gegenüber, weil sie deren formaldemokratische Tendenzen mißbilligen. Diese Tendenzen gehen dahin, weniger den realen Notwendigkeiten des kommunalen Lebens gerecht zu werden, als vielmehr überall, wo es irgend möglich ist, die demokratischen Doktrinen zu verwirklichen. Besonders bezeichnend ist es, daß sich die Regierungsparteien nicht entholten konnten, in Nachahmung des Reichstags und des Volksentscheides aus der Reichs- und Staatsverfassung, in die Städteordnung auch ein Bürgerschaftsbegehren und einen Bürgerentscheidsrecht aufzunehmen. Dann soll der städtischen Verfassung eine neue demokratische Verzierung gegeben werden. Daß diese Einrichtung für die Erledigung der städtischen Bedürfnisse für die Stadtverwaltung nicht nur wertlos, sondern sogar hinderlich sein muß, kann keinem Sachkenner zweifelhaft sein.

Auch der Abbau der Rechtsstellung des Bürgermeisters hat die gleiche demokratisch-weltfremde Grundanschauung zur Ursache. Unter anderem ist die für das Zusammenarbeiten von Gemeindevertretung und Gemeindevertretung so überaus wichtige Bestimmung, daß bei der Bürgermeisterfreiverfassung der Bürgermeister den Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung und in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung hat, von der Mehrheit des Landtages beseitigt worden. Nebenaus bedenklich ist ferner, daß das Bestätigungsrecht des Staates bei der Wahl der Magistrats